

## **Plädoyer für den Antiextremismus und die vergleichende Extremismus Betrachtung**

### **1. Eine Grundlegung**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine der sechs politischen Stiftungen in Deutschland und seit über 60 Jahren national wie international in der politischen Bildung aktiv. In den vergangenen Jahren hat die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des politischen Extremismus eine noch größere Bedeutung für die Arbeit der Stiftung gewonnen. Dies spiegelt sich in zahlreichen Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Initiativen zum Thema wider. Extremistische Gruppierungen waren in den letzten Jahren weltweit im Aufwind, Demokratien stehen durch unterschiedliche extremistische Ideologien unter Druck. Wer sich für die moderne Demokratie und eine offene Gesellschaft einsetzt, muss sich auch mit denjenigen befassen, die sie ablehnen oder beseitigen wollen: politische Extremisten jeglicher Couleur. Dazu gehören in Deutschland seit Jahrzehnten rechtsextremistische wie linksextremistische und seit einiger Zeit islamistisch motivierte Strömungen, von denen die salafistischen und dschihadistischen<sup>1</sup> besonders gefährlich sind.

Als eine der wenigen politischen Stiftungen fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung einem antiextremistischen Grundkonsens verpflichtet, der politischen Extremismus *jeder* Art ablehnt. Als extremistisch gelten all jene Bestrebungen, die unverzichtbare Werte, Institutionen und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten abschaffen wollen. Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus<sup>2</sup> vereint ihre antidemokratische, antipluralistische Haltung und somit die Negierung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – genau die Grundordnung, für deren Werte wir uns als Konrad-Adenauer-Stiftung seit mehr

---

<sup>1</sup> In der Literatur werden verschiedene Schreibweisen verwendet. Die Art und Weise der Transkription von arabischen Begriffen haben wir den Autorinnen und Autoren überlassen, weshalb es zu unterschiedlichen Schreibweisen in den Beiträgen kommt (wie etwa *Jihad* und *Dschihad* oder *al-Qaida* und *Al-Kaida*).

<sup>2</sup> Die in diesem Band versammelten Beiträge wurden im Herbst 2016 abgeschlossen, sodass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur NPD vom 17. Januar 2017 keinen Eingang in die Darstellung fand.

als 60 Jahren einsetzen. Die einzelnen Extremismusformen oder ihre Straf- und Gewalttaten gegeneinander aufzurechnen ist dabei kontraproduktiv: Wer für die Demokratie einsteht, muss sich entschieden gegen *alle* antidemokratischen, verfassungsfeindlichen Bewegungen wenden.

Im extremistischen Spektrum gibt es in verschiedene Varianten und Intensitäten, „weiche“ und „harte“ Formen des politischen Extremismus, die es in ihren tatsächlichen oder nur scheinbaren Gegensätzen ebenso wahrzunehmen gilt wie in ihren Gemeinsamkeiten. Was kennzeichnet den politischen Extremismus? Politische Extremismen vereint einerseits – ex negativo – das, was sie mehr oder weniger offen ablehnen bzw. abschaffen wollen: die Werte, Verfahrensregeln und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates. Allen politischen Extremismusformen gemein ist ihre antidemokratische, antikonstitutionelle Zielsetzung: Sie wollen unveräußerliche Prinzipien moderner Demokratien und offener Gesellschaften beseitigen, beispielsweise die Universalität der Menschenrechte, die Gewaltenteilung oder die Volkssouveränität. Sie sind – mehr oder weniger aggressiv – antipluralistisch. Politischer Extremismus wird so in seinen unterschiedlichen Ausprägungen als Gegenstück des demokratischen Verfassungsstaats verstanden.

Politische Extremismen vereinen andererseits – ex positivo – bestimmte Charakteristika. Die Sammelbezeichnung „politischer Extremismus“ kennzeichnet Bestrebungen und Gruppierungen, die einen Absolutheitsanspruch erheben sowie ein Wahrheits-, Deutungs- und Gestaltungsmonopol. Mit ihren Erklärungsmustern stellen sie die Welt und ihre Komplexität stark vereinfacht dar und versprechen Zugehörigkeit und Identifikation. Die politischen Extremismusformen zielen auf eine Homogenität (statt der tatsächlich existierenden Pluralität) von Meinungen und Interessen. Ihren unumschränkten Machtanspruch propagieren sie als den einzig rechtmäßigen. Um diesen durchzusetzen, wollen sie jegliche Konkurrenz oder politische Opposition möglichst ausschalten. Eine mangelnde Kontrolle staatlicher Gewalt nehmen sie dafür ebenso in Kauf wie einen Willkürstaat, in dem Einzelinteressen regieren. Kennzeichnend für politischen Extremismus ist auch der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsteile aus elementaren grundrechtlichen Schutzbereichen. Bei allen politischen Extremismen spielen ihre jeweiligen, teils

auch einander ähnelnden (z.B. Antiamerikanismus, Antisemitismus) Feindbilder eine prägende Rolle in der Ideologie und Strategie: sei es zur Legitimation von Gewalt durch die gezielte Entmenschlichung ihrer Feindbilder, zur Einschwörung der extremistischen Identität und Gemeinschaft durch eine angebliche Bedrohung, zur Schuldzuschiebung an „die anderen“ oder zur moralischen Erhöhung der eigenen Position. So erklären sich teilweise auch die Interaktionslinien zwischen sich bekämpfenden extremistischen Bewegungen. Linksextremistische Gewalt richtet sich im Zuge des „Antifaschismus“ vielfach gegen – tatsächliche wie vermeintliche – Rechtsextremisten, während rechtsextremistische Gewalt sich unter anderem gegen ihre als „Volksfeinde“ diffamierten politischen Gegner – aus dem linksextremistischen Spektrum wie aus dem demokratischen – richtet.

Wir als Konrad-Adenauer-Stiftung möchten zur Versachlichung der Debatte über politischen Extremismus und zur notwendigen Differenzierung in der Auseinandersetzung mit den extremistischen Formen beitragen. Deshalb plädieren wir für eine differenzierte, sachliche und ideologisch ungefärbte Auseinandersetzung mit den politischen Extremismen. Weder sollten dabei unliebsame Positionen leichtfertig als extremistisch bezeichnet noch tatsächlich extremistische aufgrund von ideologischen Scheuklappen verharmlost werden. Dazu gehört auch die begriffliche Differenzierung zwischen radikalen und extremistischen Strömungen, bei denen nur letztgenannte als verfassungsfeindlich gelten, sowie zwischen Populismus und Extremismus. Diese gehen zwar mitunter Hand in Hand, existieren aber auf unterschiedlichen Ebenen: Extremistische Bewegungen können, müssen aber nicht populistisch sein, populistische können, müssen aber nicht extremistisch sein und kommen auch im demokratischen Spektrum vor. Populismus ist eine Strategie oder ein Politikstil, Extremismus setzt mindestens eine verfassungsfeindliche Bestrebung voraus. Nicht immer ist die Grenze zwischen extremistischen und radikalen, aber demokratischen Haltungen trennscharf zu ziehen. Anhaltspunkte bieten die Akzeptanz grundlegender demokratischer Werte und Verfahren wie Pluralismus, die im Grundgesetz konkretisierten, für alle gleichermaßen geltenden Menschenrechte oder die Gewaltenteilung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung folgt dem Ansatz der Extremismustheorie, dass allen extremistischen Phänomenen bestimmte Strukturelemente gemein sind, die sich ideologisch jeweils verschieden ausprägen – sei es linksextremistisch, rechtsextremistisch oder islamistisch. So klar sich die politischen Extremismen in ihren inhaltlichen Zielsetzungen oder in ihrer Ideologie voneinander abgrenzen, so ähnlich sind sie sich in der Wahl ihrer Mittel und in ihren Strukturen: beispielsweise im Freund-Feind-Denken, in ihren Absolutheitsansprüchen und in ihrem Dogmatismus. Sie grenzen aus und säen Hass auf vermeintlich „andere“. Politischer Extremismus kann, muss aber nicht gewaltorientiert sein. Bisweilen befürworten Extremisten und Extremistinnen allerdings den Einsatz von Gewalt für ihre Zwecke oder verherrlichen zumindest Gewalt.

Warum ist die kontinuierliche Auseinandersetzung mit politischem Extremismus jeglicher Form so wichtig? Nur wer die Geschichte der Extremismen kennt, weiß, dass sie keine Zukunft bringen; nur wer Diktaturen kennt, weiß auch um den Wert der Demokratie. In der Vergangenheit hat jeder Versuch, eine totalitäre, vermeintliche Utopie zu errichten – wie in der nationalsozialistischen Diktatur Deutschlands unter Hitler, in Stalins sozialistischer Diktatur in der Sowjetunion, in Maos sozialistischer Volksrepublik China –, zu systematischen Menschenrechtsverletzungen, zu massiver Ausgrenzung und Verfolgung bestimmter Bevölkerungsgruppen, zum Ausschalten politischer Opposition und auch zu Massenmord geführt. Extremismen zerreißen Gesellschaften. Wie wenige andere Länder hat Deutschland am eigenen Leib die Zerstörungskraft auf extremistischen Ideologien basierender politischer Gestaltungsentwürfe erfahren, in zwei unterschiedlichen autokratischen Systemen, erst in der NS-Diktatur und später in der SED-Diktatur. Man muss politische Extremismen jeder Art als Gegenpole der Demokratie erkennen, um deren Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht zu verkennen.

Politischer Extremismus gefährdet die Demokratie nicht nur bei extremistischen Handlungen, die strafrechtlich verfolgt werden. Auch über einen bestimmten Bodensatz, den jede demokratische Gesellschaft aushalten können muss, hinausgehende extremistische Bestrebungen bedrohen die freie demokratische Ordnung. Sie höhlen das Fundament der Demokratie aus: Sie hetzen Menschen gegeneinander auf, verbreiten

ten Hass und sprechen – je nach Extremismusform variierenden – Personengruppen Menschenrechte ab. Der politischen Bildung kommt daher eine wichtige Rolle zu, vor der Hinwendung zu Extremisten oder der Anwendung von Gewalt zu warnen. Indem wir die Sinnhaftigkeit demokratischer Verfahren nahebringen, können wir die Nährböden von politischen Extremisten trockener legen. Sie ganz trockenzulegen wird nicht gelingen, weil der demokratische Verfassungsstaat nicht den Anspruch haben kann, den politischen Extremismus mit Stumpf und Stiel „auszurotten“. Ansonsten würde er sich der gleichen Mittel bedienen wie der politische Extremismus.

Um einem Phänomen wirksam entgegenzutreten, muss es zunächst in all seinen Verästelungen verstanden werden. Für das Entstehen, die Entwicklungen – Aufstieg wie Untergang – und die Ausprägungen extremistischer Tendenzen gibt es vielfältige Gründe. Um diese besser zu verstehen und einzuordnen, ist die Methode des Vergleichs hilfreich. Mit diesem Sammelband möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung deshalb die Methode des Vergleichs in der Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. In den Sozialwissenschaften ist diese Methode seit langem etabliert, im Bereich des politischen Extremismus wird sie aber zu Unrecht häufig kritisiert.

Warum ist die Methode des Vergleichs sinnvoll? Im systematischen Vergleich – der keine Gleichsetzung ist – lassen sich wertvolle Einsichten gewinnen und Erkenntnislücken schließen. Charakteristische Unterschiede *und* Gemeinsamkeiten werden im Abgleich miteinander ebenso deutlich wie individuelle Spezifika, die häufig erst im Kontrast sichtbar werden. Der Vergleich erlaubt es so, das Besondere wie das Allgemeine eines Phänomens zu erkennen. Damit ermöglicht er gleichzeitig eine Klassifizierung, mit der beispielsweise Erkenntnisgewinne aus der Bearbeitung ähnlicher Phänomene gezogen werden können.

Ohne Ein- oder Abgrenzung durch vorab definierte Kategorien bleibt ein Phänomen amorph. Trennschärfe und somit eine fassbare Gestalt entstehen erst im Abgleich anhand bestimmter Merkmale. Der Kategorie politischer Extremismus werden so beispielsweise anhand ihres Verhältnisses zum demokratischen Verfassungsstaat all die Bewegungen zugeordnet, die diesen ablehnen oder zu beseitigen suchen.

Der Vergleich gibt Einsicht in die Komplexität einzelner Phänomene und wird so ihrer Pluralität gerecht: Ein „korrekter“ Vergleich schert eben nicht über einen Kamm, sondern trägt den individuellen Charakteristika Rechnung – die Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zu anderen Phänomenen beinhalten können.

Im Vergleich wird auch der jeweilige Kontext besonders beleuchtet und die Frage versucht zu beantworten, warum Phänomene sich bei ähnlichen Gegebenheiten teilweise gleich, teilweise anders ausprägen. Der Vergleich dient so der Ursachenforschung und kann (kausale) Zusammenhänge aufdecken. Damit trägt er wesentlich zur Erklärung von Phänomenen bei.

Die Methode des Vergleichs kann somit vielfach Erkenntnisgewinne im politischen Extremismus fördern. Als Konrad-Adenauer-Stiftung halten wir ein genaues, differenziertes Verständnis der Formen des politischen Extremismus für unerlässlich, um extremistische Tendenzen zu schwächen und die Demokratie zu stärken. Daher plädieren wir ausdrücklich dafür, die Möglichkeiten für ein besseres Verständnis der politischen Extremismen auszuschöpfen. Dazu gehören insbesondere die ungenutzten Chancen durch die Methode des Vergleichs, um in Zukunft besser für die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus aufgestellt zu sein.

Extremistische Ideologien werden auf unabsehbare Zeit auf der Tagesordnung bleiben, zu ansprechend und geschickt dargestellt sind ihre Versprechen von Sinn, vermeintlicher Gerechtigkeit und ihre vereinfachten Erklärungs- und Deutungsmuster. Diese müssen wir entzaubern: Was Extremisten versprechen, können sie nicht halten, was sie einfach zu erklären meinen, hat komplexere Hintergründe, wo sie schwarz-weiß vorbringen, gibt es zahllose Grautöne dazwischen. Auf die Herausforderungen und die Unüberschaubarkeit der Welt gibt es keine einfachen Antworten, auch wenn Extremisten und Extremistinnen aller Art dies behaupten. Hier gilt es, den Spiegel der Realität und der vielfach blutigen Geschichte politischer Extremismen vorzuhalten.

Was die Demokratie – anders als extremistische Gesellschaftsentwürfe mit absoluten Wahrheits- und Machtansprüchen – ermöglicht, sind gestaltbare Kompromisse. Diese sind unerlässlich in einer heterogenen

Welt. Unterschiede zwischen Menschen in vielen Bereichen sind unveränderlicher, oft fruchtbarer Teil der Realität. Wichtig ist dabei ein gemeinsames demokratisches Wertefundament. Dessen Aufbau war in den europäischen Gesellschaften nach dem Horror des Zweiten Weltkriegs eine besondere Leistung und ist nach wie vor die Grundlage unseres friedlichen Miteinanders. Dieses Fundament müssen wir beständig pflegen, stärken, erneuern. Dazu gehört, anders als dies die politischen Extremismen vertreten, Ambiguitätstoleranz zu fördern und Meinungsvielfalt als Gewinn zu vermitteln.

Politische Bildung muss frühzeitig ansetzen, früher als Extremisten mit ihren gezielten Anwerbungsversuchen bei der jungen Generation. Die Konrad-Adenauer-Stiftung versucht unter anderem durch Demokratiebildung und Aufklärung zu politischem Extremismus präventiv zu wirken, sodass sich extremistische Haltungen gar nicht erst bilden oder verfestigen.

Immer und immer wieder muss der Diskurs gesucht werden, so mühsam er scheinen mag. Denn: Sprachlosigkeit ist ein Nährboden für Extremismus. Wir müssen uns der Auseinandersetzung mit politischen Extremisten und Extremistinnen jeder Couleur stellen, gerade in Zeiten ihres Erstarkens. Dabei gilt es, die Strahlkraft der Demokratie in den Vordergrund zu rücken. Wir sind gefordert, die Vorteile und Errungenschaften einer freiheitlich-demokratischen politischen Ordnung fortwährend zu vermitteln, und neben den Stärken auch die Schwächen von Demokratien zu thematisieren. Gleichzeitig sollten wir zuversichtlich sein und ohne Hysterie oder blinden Aktionismus auf die Wehrhaftigkeit der Demokratie, auf die Stärke unserer offenen Gesellschaft vertrauen. Was uns eint ist um ein Vielfaches bedeutender als was uns trennt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte den gesamtgesellschaftlichen Konsens fördern, dass politische Extremismen jeglicher Art die Demokratie gefährden. Dabei setzen wir die verschiedenen Extremismusphänomene keinesfalls gleich. Wir lehnen sie jedoch alle gleich ab! Wir dürfen auf keinem Auge blind sein.

## 2. Zum Band

Der vorliegende Band versammelt 14 Beiträge, die sich auf vielfältige Art und Weise mit politischen Extremismen beschäftigen. Sie vergleichen die verschiedenen Extremismusphänomene, die zahlreichen Strömungen innerhalb eines Phänomens miteinander, länderübergreifend und über unterschiedliche Zeiträume hinweg. Dabei lassen sich Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zwischen den verschiedenen ideologischen Ausprägungen beobachten. Insbesondere in Methoden, Struktur und Kommunikation werden Ähnlichkeiten der Extremismen deutlich.

Nach einem Überblick über den politischen Extremismus widmet sich der Band zunächst der Extremismusprävention, um im darauffolgenden Teil Radikalisierungsverläufe in den Fokus zu nehmen. Prävention gegen die politischen Extremismusformen sollte zwar ideologisch differenziert vorgehen, oftmals finden sich aber ähnliche Vorbedingungen und Motivationen, die Personen für extremistische Bewegungen anfälliger machen. Insbesondere aus den langjährigen Erfahrungen der Prävention gegen Rechtsextremismus können Erkenntnisse für die Prävention gegen Islamismus gezogen werden. Das gilt ebenso für die oft vernachlässigte Prävention gegen Linksextremismus, dessen Feindschaft gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht erst bei Betrachtung der linksextremistischen Straftatenzahlen deutlich sein sollte: Denn diese werden mit dem Ziel verübt, bestimmte Verfassungsprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung außer Kraft zu setzen oder abzuschaffen. Die dahinterstehende Demokratiefeindlichkeit ist evident.

Individuelle Radikalisierungsverläufe hin zum Rechtsextremismus, Linksextremismus oder zum Islamismus ähneln einander häufig fernab von ideologischer Ausrichtung. Die phänomenübergreifenden Parallelen lassen sich unter anderem in tatsächlichen oder subjektiv empfundenen Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen finden, in der Suche nach Zugehörigkeit, Identität und „Erlebnissen“ ebenso wie in der teils erst durch die Ideologie gerechtfertigten Ausübung von Gewalt bei vorab schon einschlägig hervorgetretenen Delinquenten. Dass die verschiedenen Extremismusformen teilweise die gleichen Feindbilder haben, wird im vorliegenden Band mit Beiträgen zum Antisemitismus als extremismusübergreifendem Phänomen exemplifiziert.



Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) erreichte 2015 mit knapp 39.000 Straftaten einen neuen Höchststand, wie *Holger Münch* ausführt. Gewalttaten von rechts sind im Kontext der Flüchtlingssituation stark gestiegen, ebenso die Gewalttaten von links. Der islamistisch motivierte Extremismus ist, so Münch, öffentlich am präsentesten und stellt mit seiner besonderen Skrupellosigkeit eine der größten Bedrohungen für Deutschland und die Sicherheitsbehörden weltweit dar. Seine Bekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Münch plädiert für einen besseren Informationsaustausch zwischen sicherheitsdienstlichen Akteuren und für eine engere nationale wie internationale Zusammenarbeit. Prävention ist Münch zufolge dabei unerlässlich. Er fordert bessere Angebote für jene Personen, für die Extremismen attraktiv sind. Deren Bedürfnis nach Gemeinschaft und emotionalem Rückhalt müsse verstärkt Rechnung getragen werden.

*Armin Pfahl-Traughber* stellt den Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung heraus. Er führt die strukturellen Gemeinsamkeiten der Extremismusphänomene ebenso an wie deren Unterschiede in Inhalt, Ideologie und Handlungsstil. Pfahl-Traughber betont, dass der Vergleich eine ergebnisoffene Methode sei, die durch die Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu Erkenntnissen führe. Solche Erkenntnisse gibt es Pfahl-Traughber zufolge vor allem bei Besonderheiten, Entwicklungen, Prognosen und Ursachen der Extremismusformen zu gewinnen, die sich im Vergleich besser einschätzen ließen. Die ungenutzten Potenziale des komparativen Blicks zeigt er am Fallbeispiel des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) anhand eines inner- sowie inter-extremistischen nationalen und internationalen Vergleichs auf. Pfahl-Traughber veranschaulicht, wie mithilfe eines solchen systematischen Vergleichs frühzeitiger Erkenntnisse über den NSU hätten gewonnen werden können. Dessen lange Nicht-Erkennung rechnet er fehlenden Analysekompetenzen zu, da vor allem ein internationaler Vergleich den rechtsextremistischen Hintergrund der Taten hätte offenlegen können.

*Rudolf van Hüllen* beurteilt die Präventionslandschaft in Deutschland als mehrheitlich gut aufgestellt, kritisiert aber die häufige Verharmlosung des demokratiefeindlichen Linksextremismus. Mit gestiegenen Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität im Links- und im Rechtsextremismus sowie im Islamismus sieht er enorme Herausforderungen für die Präven-

tionsarbeit der nächsten Jahre. Van Hüllen warnt vor einer einseitigen Konzentration auf die Umstände bei Radikalisierungen. In den jeweiligen extremistischen Ideologien lägen auch immer Ursachen für die Ausübung politischer Gewalt, da diese Gewalt für die Umsetzung ihrer Ziele durchaus beinhalteten. In der Prävention sollten die Mikroebene, die Makroebene und die Mesoebene auseinandergehalten werden, um möglichst passende Maßnahmen zu entwickeln. Die langjährigen Erfahrungen aus der Rechtsextremismusprävention sollten mehr für die Prävention in den anderen Extremismusbereichen genutzt werden, so van Hüllen.

Die Bedeutung von Biografieverläufen im Extremismus für die Radikalisierungsforschung und für die Prävention untersucht *Lazaros Miliopoulos*, indem er empirische Ergebnisse mit biografiehistorischen Erkenntnissen vergleicht. Er konzentriert sich, ausgehend von einer BKA-Studie Saskia Lützingers, auf die Rolle von gestörten Familienverhältnissen, biografischen Reschematisierungen, gruppenspezifischen Prozessen und Peers, von Schlüsselerlebnissen und von Ideologien für Radikalisierungsprozesse im Links- wie im Rechtsextremismus und im Islamismus. Miliopoulos kritisiert, dass sich die Forschung oft auf nur eine Extremismusform konzentriere, kaum historisch-vergleichend analysiere, und pauschalisiere, da sie häufig Befragte mit unterschiedlichen Positionen innerhalb extremistischer Szenen auf derselben Ebene betrachte. Empfehlenswert ist laut Miliopoulos stattdessen eine Typologisierung der einzelnen Biografien. Gewalthandlungen sollten als entscheidende Schwelle innerhalb eines Radikalisierungsprozesses gesondert analysiert werden, da Ideologie teilweise als nachträgliche Rechtfertigung von Gewalt fungiere.

Wie politische Bildung dazu beitragen kann, dass junge Menschen aktiv an der demokratischen Ordnung in einer multikulturellen Gesellschaft teilhaben und weder links- noch rechtsextremistische noch islamistische Ideen als Deutungsmuster akzeptieren, veranschaulicht *Carl Deichmann*. Solche Deutungsmuster entstehen bei Jugendlichen Deichmann zufolge, wenn sie sich aus ihrer Sicht von „dem Anderen“ (z.B. „dem Kapitalismus“, „dem Islam“, „dem ungläubigen Westen“) bedroht fühlen. Die Gesellschaft werde in solchen Fällen von dem Individuum nicht differenziert und in ihrer Pluralität wahrgenommen, sondern als eine Einheit abgelehnt. Deichmann appelliert, bei den Lernenden ein eigenes politi-

ches Bewusstsein und multikulturelle Kompetenz zu entwickeln. Eine rationale Analyse- und Beurteilungskompetenz solle ebenso vermittelt werden wie eine emotional geprägte Kommunikations- und Diskursfähigkeit. Hierfür nennt er konkrete Beispiele für die politische Bildungsarbeit zum Linksextremismus, Rechtsextremismus und Islamismus. Politische Ideologien der Extremisten sollten laut Deichmann gemeinsam mit den Lernenden entschlüsselt und die Bedeutung von demokratischen politischen Ordnungen in Diskussionen verfestigt werden.

*Josephine B. Schmitt, Julian Ernst, Lena Frischlich und Diana Rieger* vergleichen rechtsextremistische und islamistische Propaganda im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen. Sie stellen klar, dass Internetpropaganda nur ein Element in Radikalisierungsprozessen sei. Allerdings setzten extremistische Gruppierungen das Internet gezielt als Kommunikationsmittel mit der Zielgruppe ein und platzierten ihre Themen damit im allgemeinen Diskurs. Dies festige bereits bestehende extreme Überzeugungen. Zwischen rechtsextremistischen und islamistischen Akteuren und Akteurinnen, so das Fazit von Schmitt, Ernst, Frischlich und Rieger, gibt es in der Internetpropaganda strukturell keine grundlegenden Unterschiede. Deren professionelle Auftritte und das Anknüpfen an die Popkultur und Filme bis hin zu Computerspielen seien ebenso kennzeichnend wie die Verbreitung von Verschwörungstheorien und das Angebot einer „Erlebniswelt“. Alle drei analysierten Gegenmaßnahmen – das Löschen und Sperren einschlägiger Inhalte, *Counter Narratives* bzw. *Counter Messages*, sowie Medienkompetenzförderung – bewerten die Autorinnen und der Autor weder einzeln noch in Kombination als hinreichend. Um Radikalisierungen mithilfe von Online-Inhalten effektiv zu begegnen, empfehlen sie holistische Präventionsmaßnahmen für Jugendliche und ihr Umfeld sowie verstärkte Ursachenforschung.

*Jan Buschbom* analysiert Denk- und Kommunikationsstrukturen in ideologisierten Milieus und hebt das Verständnis davon für die praktische Arbeit mit ideologisierten Personen hervor. Er betont die enge Verbindung von Sprache und Affekt bei Einstellungen und Handlungen. Als zentrales Merkmal sieht Buschbom extremismusübergreifend eine bestimmte Struktur eines sogenannten „mythischen“ Fühlens, Denkens und Sprechens ideologisierter Personen. Diese sei durch sprachliche Inkompetenz wie das fehlende Verständnis von Metaphern und zirkuläre Argumentationen mit Verschwörungstheorien gekennzeichnet und bilde

sich stets in Gemeinschaften. Eine derart geprägte extremistische Ideologie kann nicht im intellektuellen Diskurs besiegt werden, so Buschbom, da sie faktenresistent ist. Die Ideologie – gleich welcher Ausprägung – bilde einen „Gummizaun“ um die kognitiven Fähigkeiten ideologischer Personen und immunisiere diese vor der Wirklichkeit. Er empfiehlt, die „Faktenfalle“, also die faktenbasierte Auseinandersetzung, zu vermeiden und stattdessen den Kommunikationsmodus und die Bedeutung von Sprache selbst zu thematisieren.

Vor dem Hintergrund teilweise verallgemeinerbarer Erkenntnisgewinne durch die Analyse von Einzelbiografien zeichnet *Eckhard Jesse* am Beispiel von Ulrike M. Meinhof und Horst Mahler nach, wie zwei Intellektuelle mit vielversprechenden beruflichen Aussichten der demokratischen Ordnung entsagten und zu Mitbegründern der linksterroristischen Roten Armee Fraktion wurden. Der Weg in den Terrorismus sei nicht zwangsläufig gewesen, trotz der starken Disposition beider zu extremistischen Positionen und zum Einsatz politischer Gewalt. Während Mahler den Kampf gegen die politische Ordnung zwischenzeitlich ruhen ließ, bis er sich in den 1990er Jahren dem Rechtsextremismus zuwandte, hielt Meinhof bis zu ihrem Suizid 1976 an der linksextremistischen Ideologie fest. Bei beiden sieht Jesse vielfältige politische und persönliche Ursachen für ihre Radikalisierungen im Rahmen der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre und für den späteren Weg in den Untergrund. Meinhof wie Mahler hätten das kapitalistische System abgelehnt und seien von marxistisch-leninistischem Gedankengut überzeugt gewesen, wobei Meinhof weniger theorieorientiert gewesen sei als Mahler. Klassische Motive wie Konflikte oder Unzufriedenheit spielten laut Jesse eine geringere Rolle bei beider Hinwendung zum Terrorismus.

*Klaus Schroeder* plädiert dafür, Radikalisierungen hin zum Linksextremismus nicht zu verharmlosen, insbesondere vor dem Hintergrund einer hohen Zahl an Gewalttaten aus diesem Spektrum. In seinem Beitrag nimmt er einen zeitlichen Vergleich vor von Traditionen des Linksextremismus in Deutschland sowie von Anstößen für Politisierung und Radikalisierung bei Linksradikalen und Linksextremisten zwischen den 1960er Jahren und der Gegenwart. Schroeder konstatiert eine Kontinuität linker Protestbewegungen in ihrer Ablehnung von Demokratie und Pluralismus, ihrer Rechtfertigung von Gewalt gegen „das System“ und ihrem Angebot von Identität und Gemeinschaftsgefühl. Die Politisierung

der meisten Jugendlichen finde nach wie vor mit 15 oder 16 Jahren statt, anders als in den 1960er/1970er Jahren aber kaum durch die Schule bzw. Hochschule, sondern primär durch Familie oder Freunde. Die heutige Bewegung ist Schroeder zufolge weniger theorieorientiert und spricht junge Personen an, die für eine vermeintlich gute Sache etwas erleben wollen oder Gewissheiten suchen. In den 1960er/1970er Jahren hingegen dominierten der Glaube an den Marxismus-Leninismus sowie die von der Konfrontation mit der Polizei oder dem „Establishment“ verstärkte gemeinsame Identität. Schroeder kritisiert, dass linke Bewegungen damals wie heute historische Realitäten ignorierten und den realen Sozialismus mit seinen Verbrechen ausblendeten.

Inwieweit sich dschihadistische Radikalisierungen von al-Qaida (AQ) zum sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) verändert haben, analysieren *Tânia Puschnerat*, *Michael Friederich* und *Gilbert Siebertz*. Sie erläutern, dass sich Dschihadisten typologisch weder in Exklusivitätsanspruch, Strategie oder Wahl der Mittel von Terroristen anderer ideologischer Ausrichtung unterscheiden. Ein dschihadistisches Alleinstellungsmerkmal sei die Ausrichtung auf das Dies- wie auf das Jenseits. AQ und der IS teilen die Ideologie des dschihadistischen Salafismus, so die Autoren, unterscheiden sich aber in deren Umsetzung. Während AQ sich als ideologieträchtige Avantgarde verstehe und mit Propaganda auf rationalen Inhalten eher um eine Elite werbe, bevorzuge der IS emotionale Bilder, um breite Massen anzusprechen. Puschnerat, Friederich und Siebertz betonen, dass es keinen typischen Radikalisierungsverlauf gebe. Gründe für eine Hinwendung zum Salafismus seien beispielsweise eine tatsächliche oder gefühlte Ausgrenzung aus der Mehrheitsgesellschaft, das Konstrukt der kollektiven Unterdrückung des Islam oder die Suche nach Orientierung. In Deutschland gibt es der Autorin und den Autoren zufolge Entwicklungen hin zu *hotspots* wie in Frankreich oder Belgien mit einschlägigen Moscheen und Gemeinden hin, die als Brutstätten für salafistische Radikalisierungen fungieren. Sie warnen, dass die dschihadistische Ideologie nicht mit einer militärischen Niederlage des IS verschwinden werde, sondern eine langfristige Herausforderung für westliche Gesellschaften bleibe.

*Rolf Tophoven* verfolgt die Entwicklung des Terrorismus von der Roten Armee Fraktion (RAF) bis zum sogenannten „Islamischen Staat“ (IS). Die RAF habe 1972 das erste Mal eine größere internationale Zusam-

menarbeit politisch motivierter Gewalttäter offengelegt. Von den Leitprinzipien internationaler Terrorismusorganisationen der 1970er Jahre zieht Tophoven Parallelen zum heutigen islamistischen Terrorismus. Hauptunterschied sei die Absicht, heutzutage willkürlich möglichst viele Menschen zu töten und die leichtere Umsetzung dessen im Vergleich zu der Ablehnung von wahllosen Massentötungen durch die RAF, für die die Waffenbeschaffung komplexer gewesen sei. Der Terror eskaliert laut Tophoven im 21. Jahrhundert: Wo es in den 1970er Jahren viele Zuschauer gab, sind es heute viele Tote. Der hierarchischen Organisation der RAF und der Roten Brigaden stellt Tophoven die losen, zellenartigen Gruppierungen des islamistischen Terrorismus sowie „lone wolf“-Attentäter gegenüber. Tophoven bekräftigt, dass der IS neben seinem realen auch digitales Territorium erobert habe und mit seiner professionellen Medienstrategie eine bisher ungekannte Herausforderung sei. Heute wie damals, so Tophoven, seien internationale Zusammenarbeit und bessere Aufklärungs- und Protektionsmaßnahmen unabdingbar.

Antisemitismus findet sich, wenn auch unterschiedlich stark, in allen Formen des politischen Extremismus wieder – in linksextremistischen, rechtsextremistischen und islamistischen Gruppierungen. Der gegenwärtige Antisemitismus hat sich *Timo Stein* zufolge gewandelt. Der Fokus liege mehr auf dem Staat Israel als früher und er sei oft antizionistisch. Vielfach werde nicht die Politik Israels, sondern der Staat an sich kritisiert. Die große Mehrheit antisemitischer Übergriffe komme nach wie vor aus dem rechten Spektrum. Antisemitismus verbindet laut Stein jedoch die verschiedenen Extremismusformen und resultiert so zeitweise in einer „Querfront“. Kristallisationspunkt sei regelmäßig der Nahostkonflikt. Er zeigt auf, wie der Antizionismus der Linken mit Antiamerikanismus verschmolzen sei und sieht dies in einer antizionistischen Tradition von links. Linke ignorierten historische Umstände, die zur Notwendigkeit des Staates Israels führten, und verschrieben sich Stein zufolge seit den 1960er Jahren teilweise einer „Geschichtslosigkeit“ in ihrer Solidarität mit den Palästinensern. Antisemitische Israelkritik im Zuge des Nahostkonflikts finde sich gleichermaßen auf muslimischer Seite, insbesondere bei Jugendlichen. Stein beschreibt den intensiven Ideologietransfer zwischen der antizionistischen Linken und islamistischen Gruppen mit Antizionismus als ideologischem Bindeglied. Islamistischer Terror, z.B. seitens der Hamas, werde in diesem Kontext oft verharmlost.

*Samuel Salzborn* legt in seinem Aufsatz die historische Genese und Systematik des antiisraelischen/antizionistischen Antisemitismus dar. Dessen Kernbestandteile fasst Salzborn zur Unterscheidung von legitimer Kritik an der Politik Israels zusammen als Delegitimation, Dämonisierung und doppelte Standards. Dies bedeutet u.a. das Abstreiten von Israels Existenzrecht (Delegitimation), die Verwendung von Stereotypen oder Bildern des traditionellen Antisemitismus zur Beschreibung Israels und seiner Bürgerinnen und Bürger (Dämonisierung) sowie die Beurteilung von Israels Politik anhand von Maßstäben, nach denen andere Staaten nicht beurteilt würden (doppelte Standards). Er mahnt mehr gesellschaftliche und juristische Sensibilität für diese verbreitete und öffentlich wenig sanktionierte Ausprägung des Antisemitismus an, bei der antisemitische Akteure ihre Aussagen als Kritik an Israel verkleiden. Anhand der internationalen „Boycott, Divestment and Sanctions“-Kampagne, die Salzborn zufolge durchweg antisemitisch ist und NS-Analogien aufweist, illustriert er, wie solch vermeintliche Kritik von Antisemitismus unterschieden werden kann. Antiisraelischer/antizionistischer Antisemitismus sei in allen politischen Spektren verbreitet, aber speziell im linken Antisemitismus, und habe seine Wurzeln in der europäischen, propalästinensischen Allianz der linksextremen Strömungen der 1970er Jahre.

Der Beitrag von *Helga Embacher* vergleicht Antisemitismus im 21. Jahrhundert zwischen linken und muslimischen Communities in Deutschland und Großbritannien. Die unterschiedliche Ausprägung in den beiden Ländern habe historische Gründe. Antizionismus ist Embacher zufolge stärker in Großbritannien als in Deutschland verbreitet und reicht dort bis weit in den Mainstream hinein. Antisemitismus und Antizionismus seien gemeinsame Schnittmengen von radikalen Linken und Islamisten, wie Embacher anhand von Beispielen wie der „Stop the War“-Koalition anlässlich des Irakkriegs veranschaulicht. Gleichzeitig warnt sie vor einer Instrumentalisierung des muslimischen Antisemitismus insbesondere von rechten Politikern. Solch eine Antisemitismusdebatte sei oft mit Islamfeindlichkeit verwoben. Während dem Antisemitismus in muslimischen Communities bisher wenig Bedeutung zukam, veränderte sich dies laut Embacher mit dem Gaza-Krieg 2014, da dieser viele Muslime mobilisierte und vielfach zu Drohungen gegen Juden bei Demonstrationen führte. Die Debatten zum linken Antisemitismus reichten hingegen bis weit in die 1970er Jahre zurück. Insbesondere seit 2011 habe in

Deutschland die Partei Die Linke unter Antisemitismusverdacht gestanden und manche Parteiflügel verweigerten die Auseinandersetzung damit nach wie vor.

Mithin verfolgt dieser Band zwei Ziele: Erstens die Stärkung des Antirextrismus. Der Antifaschismus, der Antikommunismus und der Antislamismus sind – je für sich genommen – in einem demokratischen Verfassungsstaat unzureichend. Erst der Antirextrismus schiebt politischen Einseitigkeiten einen Riegel vor. Nur wer gegen *jeglichen* politischen Extremismus Position bezieht, ergreift effizient Partei zugunsten der Demokratie. Zweitens hebt der vorliegende Band die Bedeutung der vergleichenden Extremismusbetrachtung hervor. Diese setzt eben nicht gleich, sondern ist vielmehr die Voraussetzung, um Unterschiede *und* Gemeinsamkeiten zwischen den Extremismusformen herauszuarbeiten. Damit wird also der Blick auf den politischen Extremismus geweitet und nicht eingeeengt.